

NEOPLEX

Ausgabe 05 / Juni 2009

04 Regierung gab HRE ungeprüft Milliardenhilfe

04 Zeit für eine richtige Krise

08 Luxus der Lethargie: Die Generation

Krise? So'n Quatsch!

Johannes Pennekamp 15.04.2009

Falls Sie so denken, sind Sie nicht allein. Sie sind in bester Gesellschaft. Warum soll es auch jemals wieder zu einer Krise kommen, und selbst die Ölkrise 1973 oder den Aktiencrash 1987 hat die Welt gut überstanden. So etwas wie 1929 wird es nie mehr geben, nie mehr! Der Dollar und der Euro sind stark, sie werden niemals untergehen!

Persönliche Meinungen

Feldforschung in Deutschland Januar 2008, Beitrag einer Leserin von Hartgeld.com Hier zum Thema Psychologie des Normalbürgers und Realitätsverweigerung aus unserem Verwandten- und Bekanntenkreis:

- **Elektrotechnik Ingenieur, 40:** Gold ist doch ein Relikt aus der Vergangenheit, da hab ich kein Vertrauen zu. Ich bin lieber festverzinslich angelegt. Ich schimpf zwar ständig auf den Staat und seine Politiker (sind alles Lügner), und weiß nicht mehr wem ich glauben oder vertrauen soll, aber mein Vermögen bleibt trotzdem lieber auf der Bank.
- **Grundschullehrerin, 30:** Als Beamtin wird mir meine Rente schon sicher sein. Bevor ich mein Geld in Edelmetall anlege, da kauf ich mir doch lieber ein neu-

es, größeres und schickeres Auto!! Und überhaupt, so schlimm wird's schon nicht werden. Können wir nicht von schöneren Themen sprechen?

- **Schwägerin, Staatsdienst, 38:** Tja, wenn wir ja Geld über hätten, würden wir uns ja vielleicht auch etwas Edelmetall zulegen. Achja, unser Depot-Sparen liegt halt so auf dem Konto herum, das lassen wir hübsch stehen, bis jetzt hat's sich gelohnt. Übrigens, den nächsten Thailand-Urlaub haben wir auch gerade gebucht. Und ein neues Wohnzimmer haben wir bestellt. (...!?) Immobilienkredit läuft noch mindestens 10-15 Jahre)
- **Bänkerin, Bekanntenkreis, 50:** Ich arbeite schon über 30 Jahre in der Bank. Das was in den Medien über Banken und Finanzkrisen erzählt wird, stimmt sowieso nicht, das ist alles übertrieben. Meine Betriebsrente ist gesichert, was brauch ich da noch eine andere Absicherung. Spätestens mit 55/58 plane ich in Vorruhestand zu gehen und mein Leben zu genießen.
- **Postbeamter, 70:** Der Staat wird schon wissen, was er macht. Was der Staat sagt und empfiehlt, kann nur richtig sein. In meinem Alter ändere ich jetzt nichts mehr. Außerdem gucke ich jeden Abend um 20

Uhr die Tagesschau.

- **Elektrotechnik-Ingenieur, 75,** ansonsten topfiter Geist: Banken- und Finanzkrise, Staatsverschuldung, Crashszenarien? Das interessiert mich alles nicht. Kann ich mir auch nicht vorstellen. In der heutigen Zeit doch nicht mehr, und dann noch in Deutschland. Nec, nec, des kann nicht sein.
- **Beamter/Beamtin, 30:** Wir haben zwar einen Riesen Immo-Kredit für ca.15-20 Jahre am laufen, aber unser Haus wollen wir nicht aufgeben. Wir haben uns mal 5 Unzen Gold zugelegt und hoffen aufs Beste. Lebensversicherungen, BU, Riester, Depot-Sparen und Bausparverträge müssen sein, die kündigen wir nicht.
- **Technischer Staatsdienst, 55:** So schlimm wird's schon nicht werden. Ein kleines bisschen Edelmetall hab ich angelegt. Den größten Teil meines Vermögens hab ich in Aktien Asien/USA. Und auf den US-Dollar steh ich total, da hab ich viel reininvestiert. Der kann NIEMALS untergehen, das gibt es nicht.

Kommentar des Lesers: „Was soll ich da noch sagen? Ich bin sprachlos. Die Manipulation des Goldverbotes im Kopf und diese

Staatshörigkeit funktioniert doch bei den meisten wirklich prächtig. Man rennt gegen verschlossene Türen und kann halt niemanden zu seinem Glück zwingen. Ich und mein Mann haben uns gut abgesichert mit Edelmetall, keinen Bankkredit und wohnen im Eigenen mit Garten und Wald. Auf Unabhängigkeit legen wir größten Wert, und werden wohl meist als Spinner angesehen, aber das macht nix. Das Erwachen für die Anderen wird leider heftig sein.“

Häufigste Gegenargumente

Ich stimme mit der Reaktion des Lesers überein, wonach es keinen Sinn mache, die Schieflage des Finanzsystems - außer bei ausgesuchten Personen - zu thematisieren. Aus meiner egoistischen Sicht allein deshalb, weil ich (noch) kein Interesse an steigenden Goldpreisen habe. Trotzdem sind kleine, stichprobenartig geführte Scheindiskussionen sehr aufschlussreich, um den realen Grad an Realitätsverweigerung zu erkennen. Hier meine „Top Ten“ der Standard-Argumente (nach Häufigkeit), die ich und andere bei solchen Gesprächen mit Mitgliedern fast aller Gesellschaftsschichten (keine Eliten-Mitglieder) zu hören bekam:

1. Glaub ich nicht, kann ich mir nicht vorstellen.
2. Uns betrifft das nicht, Deutschland ist Exportweltmeister. Was interessieren mich die Amis?
3. Schon mal was von den Zentralbanken gehört? Die bekämpfen Deflation und Inflation.
4. Komisch, dass du der einzige bist, der das sagt. Alle anderen haben wohl keine Ahnung.
5. Warum siehst du alles so negativ?
6. Woher willst du das so genau wissen?
7. Woher wollen die (Hamer, Eichelburg, Baader, Bocker, Bonner, Böhlinger, Buckler, Butler etc.) das überhaupt so genau wissen?
8. Unsinn, keine Bank wird Pleite machen. Die Bank gewinnt immer.
9. Ist doch egal, wie sich die Dinge entwickeln, am Ende ist Wirtschaft sowieso ein Nullsummenspiel.
10. Wen interessieren die Staatsschulden, die werden eh nie bezahlt. ▲

http://www.nachgedanken.com/wiki/index.php/Krise%3F_So%27n_Quatsch!

Warum der deutsche Export gnadenlos abschmiert

Von Martin Greive, 9. Juni 2009

Die Zahlen haben selbst die schlimmsten Befürchtungen übertroffen: Der deutsche Export ist im April so stark eingebrochen wie nie zuvor – um fast 29 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Fakt ist: Deutschland trifft die Finanzkrise aufgrund der Exportabhängigkeit stärker als andere Nationen. (...!?)Seit Wochen schon prangern Experten und Politiker die starke Fokussierung der deutschen Wirtschaft auf den Export an und wiederholen immer wieder, dass sie die Vernachlässigung des Konsums für einen Riesenschmerz halten. Selbst führende EZB-Notenbanker, die sonst den Ruf nach Wettbewerbsfähigkeit wie einen heiligen Gral vor sich hertragen, fordern mittlerweile ein Umdenken.

Deutschland muss deshalb eine neue Balance zwischen einer starken Exportwirtschaft und einer stärkeren Binnennachfrage

finden. Möglichkeiten hierfür stehen genug zur Auswahl: Die Palette an Vorschlägen reicht von Konsumchecks für jedermann über eine Absenkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Produkte, Freibeträge in der Sozialversicherung bis hin zur Wiedereinführung der Eigenheimzulage, um die deutsche Bauindustrie wieder zu stärken. Das Problem an all diesen Vorschlägen ist nur: Sie kosten den Staat viel Geld, das er momentan nicht hat.

Wirkungsvoller wären deshalb höhere Lohnabschlüsse. Sie müssen allerdings so hoch sein, dass sie nicht wie im vergangenen Jahr direkt von der Inflation wieder aufgefressen werden. Höhere Löhne würden auch nicht gleich, wie vielfach befürchtet, die deutsche Exportwirtschaft abwürgen – dafür sind die deutschen Produkte viel zu gut und viel zu gefragt auf dem Weltmarkt.

Dafür hätten die Konsumenten wieder mehr Geld in der Tasche. Gleichzeitig könnte ihnen ein Teil ihrer Zukunftsangst genommen werden, was wiederum den Konsum anregt. Zuletzt ist die Sparquote auf 11,4 Prozent gestiegen, den höchsten Wert seit Mitte der Neunziger Jahre. Fasen die Verbraucher wieder mehr Vertrauen und reduzieren die Sparquote nur um einen Prozentpunkt, würden gleich 16 Mrd. Euro mehr von den Sparkonten an die Unternehmen fließen. Das wäre ein Konjunkturprogramm, von dem alle profitieren und das ausnahmsweise einmal keine neuen Löcher in die Staatskassen reißt. ▲

<http://www.welt.de/wirtschaft/article3891179/Warum-der-deutsche-Export-gnadenlos-abschmiert.html>

Gemeinsam für Deutschland.

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein internationaler wettbewerbsfähiger „Finanzplatz Deutschland“. (...)Für viele mittelständische Unternehmen ist die Notwendigkeit gestiegen, ihre Finanzierung kapitalmarktnäher zu gestalten. Der Bekanntheitsgrad und die Verbreitung solcher Alternativen zum klassischen Bankkredit wollen wir fördern. (...) Dabei ist vor jeder neuen gesetzgeberischen Maßnahme durch eine Kosten-Nutzen-Analyse zu prüfen, ob durch die neue Maßnahme ein Mehrwert geschaffen werden kann oder ob der Markt es besser selber regeln oder die Subsidiarität greifen kann. Die nationale Umsetzung von Richtlinien erfolgt Eins zu Eins, nationale Spielräume werden im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit

genutzt. Dieses Prinzip gilt auch bei der Umsetzung der neuen europäischen Eigenkapitalstandards (Basel 2). (...)Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen in Deutschland schaffen.

Hierzu gehören:

- Die Einführung von Real Estate Investment Trusts (Reits) unter der Bedingung, dass die verlässliche Besteuerung beim Anleger sichergestellt wird und positive Wirkungen auf Immobilienmarkt und Standortbedingungen zu erwarten sind,
- der Ausbau des Verbriefungsmarktes,
- die Erweiterung der Investitions- und

Anlagemöglichkeiten für Public-Private Partnerships,

- die Überarbeitung der Regelungen für den Bereich Private Equity im Wege der Fortentwicklung des bestehenden Unternehmensbeteiligungsgesetzes in ein Private-Equity-Gesetz. (...)
- Überflüssige Regulierungen abbauen. Dazu werden wir eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten, die im Dialog mit Marktteilnehmern ein „Möglichkeitpapier“ zum Bürokratieabbau im Finanzsektor vorlegen soll. Bestehende Gesetze, Verordnungen und sonstige Regulierungen sind darauf zu überprüfen, ob sie ihr Ziel kostengünstig erreichen oder noch erforderlich sind. Als Startprojekt bietet sich die anstehende Novelle des Investmentgesetzes an. ▲

Todesumstände beim G20 in London

Ralf Streck 07.04.2009

Zeugenberichte und Überwachungskameraaufnahmen legen nahe, dass der verstorbene Zeitungsverkäufer von der Polizei zu Boden geworfen und geschlagen wurde, bevor er eine Herzattacke erlitt

Schnell waren viele Medien bereit, die Version der Todesumstände von Ian Tomlinson bei den Protesten gegen den G20-Gipfel in London als „natürlichen Tod“ zu kolportieren. Doch nach diversen Zeugenaussagen ermittelt nun Independent Police Complaints Commission IPCC, nachdem auch Aufnahmen aus Überwachungskameras angewertet wurden, die Aussagen von Zeugen betätigen. Die erklärten, der Zeitungsverkäufer sei nach der Arbeit auf dem Weg nach Hause gewesen und sei von der Polizei brutal zu Boden geworfen und mit einem Knüttel geschlagen worden, kurz bevor kurz darauf eine Herzattacke erlitt.

Wie sich aus den diversen Zeugenaussagen herauskristallisiert, stimmte an der Version nicht viel, welche die Polizei über die Vorgänge nahe der Zentralbank beim G20-Gipfel kolportiert hatte. Augenzeugen zufolge, die sich auch mit der IPCC in Verbindung gesetzt haben, versuchte der 47jährige Zeitungsverkäufer nach der Arbeit nach Hause zu gehen, er hatte demzufolge mit den Protesten gegen den G20-Gipfel nichts zu tun.

So erklärte die Fotografin Anna Branchwaite, Tomlinson sei von einem der Polizeibeamten in voller Montur von hinten geschnappt und auf den Boden geworfen worden: „He was rushed from behind by a riot officer with a helmet and shield two or three minutes before he collapsed“. Auch Amiri Howe erklärte, Tomlinson sei von der Polizei „near the head“ geschlagen worden. Dem IPCC liegt auch eine Zeugenaussage einer Frau vor, die namentlich nicht genannt werden will. Sie beschreibt den Vorgang, als Tomlinson „gewalttätig“ nach vorne gestoßen wurden und auf dem Kopf aufschlug:

„He hit the top front area of his head on the pavement. I noticed his fall particularly because it struck me as a horrifically forceful push by a policeman and an especially hard fall; it made me

wince.“

Ihm sei dann aufgeholfen worden und kurze Zeit später hätten ihn Zeugen desorientiert umherwanken sehen, bevor er auf den Boden fiel.

Die vielen Aussagen haben gestern dazu geführt, dass die IPCC offiziell die Untersuchungen aufgenommen hat. Dazu trug auch die Auswertung von Überwachungskameras bei. Nun gehe es darum, ob der gewalttätige Übergriff der Polizei, von dem Zeugen berichteten, etwas mit seinem Tod zu tun habe, erklärte die IPCC-Sprecherin Deborah Glass.

Auf den Aufnahmen sei zu sehen, wie Tomlinson sich in der King William Street einer Polizeikette genähert habe. „It is believed he wanted to get through the cordon to continue his walk home from work“. Kurz darauf sei er auf Kameras an der Ecke zur Royal Exchange Passage zu sehen, wo er nach Angaben der Zeugen von der Polizei niedergeworfen und geschlagen worden sei. Die Bilder bestätigten auch, dass er wenige Minuten danach die Passage verlassen habe und drei Minuten später zusammengebrochen sei.

Ins Reich der Legende werden auch die Berichte verwiesen, wonach die Polizei noch ständig beworfen worden sei, als sie Tomlinson am Boden versorgte. Es sei „eine Flasche“ geworfen worden, die aber „nicht nahe an die Polizei“ herangekommen sei, sagte Peter Apps. Danach sei nichts mehr geworfen worden, weil andere Demonstranten dies verhindert hätten. Er gehörte zu der Gruppe der Demonstranten, die den Notruf abgesetzt hatte und mit der Notversorgung begann. Sie bat die Polizei per Megaphon um Hilfe, sei aber mit den anderen von den Polizisten gewaltsam weggestoßen worden, ohne dass die sich über den Zustand des Verletzten unterrichten ließ, sagte Apps. Elias Stoakes merkte zudem an, die Polizeiarzte habe keine lebensrettende Herz-Lungen-Wiederbelebung durchgeführt, mit der ein Atem- und Kreislaufstillstand beendet werden soll. ▲

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/135885>

WAS IST EIGENTLICH...?

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Kurzform INSM, ist eine im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründete sowie von weiteren Wirtschaftsverbänden und Unternehmen, getragene Organisation, die das Ziel verfolgt, die deutsche Öffentlichkeit von „marktwirtschaftlichen Reformen“ zu überzeugen. Die INSM beruft sich laut ihrem veröffentlichtem Mission Statement auf „eine klare ordnungspolitische Linie im Sinne Ludwig Erhards“.

Organisation

(...) Jährlich stellt Gesamtmetall der INSM 8,32 Millionen Euro (nach Abzug von Steuern) zur Verfügung. Darüber hinaus wird die INSM nach eigenen Angaben von weiteren Wirtschaftsverbänden unterstützt.

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Die INSM arbeitet mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen. (...)

Die INSM wird von ehrenamtlichen sogenannten „Kuratoren“, „Botschaftern“ und „Beratern“ unterstützt, auch von Mitgliedern aus verschiedenen politischen Parteien, namentlich der CDU, FDP und SPD. (...)

Ziele

Die INSM möchte nach eigener Aussage die Bürger der Bundesrepublik Deutschland von der „Notwendigkeit marktwirtschaftlicher Reformen“ überzeugen. Die Soziale Marktwirtschaft müsse an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden: „An die Globalisierung, die Wissensgesellschaft, die Veränderungen in der Arbeitswelt und den demografischen Wandel.“ Die INSM orientiere sich dabei an den Idealen Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb. (...)

Im Einzelnen bedeute dies:

- Beschränkung des Staates auf seine „Kernkompetenzen“
- Abbau von Bürokratie und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- Senkung von Steuern und Abgaben (...)
- Abbau von Subventionen (...)
- Arbeitslose müssten sinnvoll qualifiziert statt alimentiert werden. (...)
- Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe in der Sozialpolitik. Ansprüche auf eine aus Sicht der INS(...) Wer mehr Schutz oder eine höhere Rente wolle, müsse über das Kapitaldeckungsverfahren zusätzlich privat vorsorgen.
- Die Tarifpolitik müsse sich stärker an den Bedürfnissen der Betriebsparteien ausrichten. Das bedeute zum Beispiel die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Senkung der Lohnnebenkosten.

► Fortsetzung (Seite 07)

Das Ende des „Goldenen Zeitalters“ des Kapitalismus und der Aufstieg des Neoliberalismus

Tomasz Konicz, 24.11.2008

Die seit über einem Jahr am Abgrund taumelnde, globale Finanzbranche hat einen Schritt nach vorne getan und befindet sich nun im freien Fall. Lehman Brothers, AIG, Northern Rock – wer kann noch all die einstmals mächtigen Finanzkonzerne, Versicherer oder Hypothekenbanken aufzählen, die in immer kürzeren Abständen der Finanzkrise zum Opfer fielen? Angesichts der im atemlosen Tempo voranschreitenden Impllosion des in den letzten drei Dekaden errichteten, internationalen Finanzsystems scheint es geboten, die Genese und Entwicklung eben dieser einem Kartenhaus gleich zusammenbrechenden, globalen Architektur der Weltfinanzmärkte nachzuzeichnen. Neben einem erheblichen historischen Erkenntnisgewinn, den ein solches Unterfangen mit sich bringt, dürften hierbei auch die Ursachen der derzeitigen Weltfinanzkrise erhell werden. Ist es nur die nackte, unkontrollierte „Gier“ einiger Spekulanten, die für die gegenwärtigen ökonomischen Verwerfungen verantwortlich ist? Ist die mit neoliberaler Deregulierung und Liberalisierung einhergehende Expansion der Finanzmärkte schuld an der Misere? Oder liegen die Ursachen dieser spätkapitalistischen Malaise tiefer – womöglich in der innersten Struktur der kapitalistischen Produktionsweise – verborgen?

Der Aufstieg des neoliberalen, durch die Dominanz der Finanzmärkte geprägten Weltwirtschaftssystems – dessen Finanzüberbau gerade über uns zusammenbricht – resultierte aus der tiefgreifenden, ökonomischen Krise der frühen 70er Jahre, die nahezu alle westlichen Industrieländer erfasste. Diese Krise beendete eine seit den frühen 50ern anhaltende Periode wirtschaftlicher Prosperität in Westeuropa und den USA, für die der Historiker Eric Hobsbawm den Begriff des „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ prägte (Hobsbawm, Zeitalter der Extreme, S. 285 ff.). Die führenden westlichen Wirtschaftsnationen veruchten zwischen 1950 und 1970 im Schnitt ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent, das wesentlich zur Vollbeschäftigung, ja zum Arbeitskräftemangel in etlichen Industrienationen beitrug. Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf dieses „Goldene Zeitalter“ zu werfen, das angesichts der nun herausziehenden Weltwirtschaftskrise wieder als Modell einer alternativen kapitalistischen Entwicklung in der öffentlichen Diskussion steht.

Wirtschaftswunderland

Es war nicht nur der Wiederaufbau des durch den Weltkrieg verwüsteten (West-)Europa und Japan, der zu dieser einmaligen Konjunktur beitrug. In dieser Periode fand auch eine „innere Expansion“ innerhalb der avancierten marktwirtschaftlichen Gesellschaften statt, innerhalb derer weitere, zuvor ausgeklammelte, Gesellschafts- und Lebensbereiche marktwirtschaftlich erschlossen wurden. Zudem trat der immer enger mit der Wirtschaft verflochtene, wissenschaftlich-technische Fortschritt zur Herausbildung neuer Märkte bei. Dank dieser Entwicklungen wurde beispielsweise zwischen 1950 und 1970 die Hausarbeit durch die Haushaltsgeräteindustrie revolutioniert. Die Nahrungsmittelbranche, die Unterhaltungselektronik, der zivile Flugzeugbau, die ersten Einzelhandelskonzerne oder der Massen Tourismus erlebten ihren wirtschaftlichen Durchbruch. Neue Werkstoffe, wie Kunststoff oder Plastik, führten zu einer weiteren Umwälzung bereits etablierter Industriezweige.

Im Zentrum dieses lang anhaltenden, stürmischen Wachstums, das auf der Erschließung neuer Märkte innerhalb der Industrieländer beruhte (innere Expansion), stand die Massenmotorisierung. Von diesem Industriezweig, von der Autobranche, ging der größte Impuls für die Massenbeschäftigung bis in die 70er aus. Das vorherrschende Produktionsprinzip bei den Fahrzeugherstellern wie auch in vielen anderen Gewerbezeigebaren der Fordismus: Mittels Fließbandproduktion und unter massenhaftem Einsatz von Arbeitskraft wie Maschinen wurden Massengüter hergestellt, die – dank relativ hoher Löhne – in ihren Produzenten zugleich ihre Konsumenten fanden. Dieses Produktionsprinzip ist nach dem US-Industriellen Henry Ford benannt, der als erster das Fließband bei der Fahrzeugfertigung einsetzte. Selbstverständlich machten auch zwischen 1950 und 1970 Rationalisierungs- und technische Innovationen vor den Fabrikatoren nicht halt, doch wurden die hierdurch wegfallenden Arbeitsplätze durch die Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen, neu entstandenen Wirtschaftszweigen bei weitem übertrffen.

Neben den Millionen Arbeitern, die bspw. an den Fließbändern in Rüsselsheim oder Detroit massenweise Autos montierten, muss auch noch der beschäftigungs-politische Effekt des staatlich finanzierten Aufbaus der gesamten Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Tunnel, Tankstellen-netz, Raffinerien ...) berücksichtigt werden,

der zum Großteil in dieser Zeitspanne geleistet wurde. Die massenhafte, „fordistische“ Herstellung von Fahrzeugen kann somit getrost als die Schlüsselindustrie dieses „Goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ bezeichnet werden. Bis in die heutige Zeit hinein bildete der Fahrzeugbau, trotz der ab den 80ern rasant zunehmenden Automatisierung und Rationalisierung, das „Rückgrat“ der Industrie – vor allem in Deutschland und Japan.

Dem Fordismus in der Produktion entsprach eine Wirtschaftspolitik, die in Anlehnung an deren Schöpfer, den Ökonomen John Maynard Keynes, als Keynesianismus bezeichnet wurde. Dieser ökonomische Kurs galt als die wirtschaftspolitische Antwort auf die Verheerungen der Weltwirtschaftskrise von 1929, an deren Bewältigung die klassische, liberale Wirtschaftspolitik scheiterte. Im Kern handelte es sich hierbei um einen nachfrageorientierten Politikansatz, der dafür Sorge zu tragen hatte, dass die massenhaft hergestellten Güter auch auf eine massenhafte, kaufkräftige Nachfrage trafen.

Zum einen investierte der Staat selber im großen Umfang (bspw. in die Verkehrsinfrastruktur), um so vermittels staatlicher Nachfrage die Wirtschaft zu stimulieren. Der Staat sollte im Rahmen einer kontrazyklischen Finanzpolitik in Zeiten drohender Rezession mit massivem Konjunkturprogrammen kreditfinanzierte Nachfrage generieren (deficit spending), und während eines Wirtschaftsaufschwungs die so entstandenen Schulden dank höherer Steuereinnahmen abbauen.

Andererseits wurden die Aktivitäten von Gewerkschaften, der Aufbau korporatischer Strukturen in den Betrieben, politisch gefördert. Arbeitnehmervertreter und Unternehmer sahen sich nicht mehr als „Klassengegner“ wie in den Jahrzehnten zuvor, sondern als ein Team, das an „einem Strang ziehend“ und „in einem Boot sitzend“ gemeinsam für das Wohl des Unternehmens verantwortlich sein sollte.

Dieser so genannte Korporatismus (in Deutschland „Sozialpartnerschaft“ tituliert) hatte eine materielle Grundlage, da die Gewerkschaften tatsächlich bis in die 70er hinein ansehnliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für die Arbeiterschaft durchsetzen konnten. Somit ging wolant also gleich in mehrfacher Hinsicht ein Zwang zur permanenten Expansion inne, der sich im öffentlich feilschiersten „Wirtschaftswachstum“ äußert, und dessen Kern die gewinnbringende Investition von Kapital, die Kapitalverwertung, bildet.

Wie aus der Grafik ersichtlich wird, ging seit Ende der 60er bis in die 80er der kapitalistische Super-GAU vor sich, die Profitrate fiel in den USA beständig. Hier wirkte tatsächlich der von Gerry Gold und Paul Feldman im obigen Zitat dargelegte, durch Konkurrenzvermittelte Produktivitätssteigerungen ausgelöste, tendenzielle „Fall der Profitrate“. Die – in Relation zum eingesetzten Gesamtkapital – sinkenden Gewinne resultieren andererseits aber auch aus der Erschöpfung der „Innnen Expansion“ des Kapitalismus, von der oben die Rede war. Die marktwirtschaftlich neu erschlossenen Lebensbereiche (Haushalt, Unterhaltungsindustrie, Tourismus) und Industriezweige (PKWs, Zivile Luftfahrt, Kunststoffe) erlebten nach einer Phase stürmischer Eroberung eine gewisse Marktsättigung, in der solch hohes Wirtschaftswachstum wie in den 50ern oder 60ern nicht mehr möglich war. Hieraus resultiert gerade die der Inflation beiwohnende, ökonomische Stagnation, die die frühen 80ziger charakterisierte. Die neuen Märkte waren erschlossen, die Infrastruktur aufgebaut und die Kriegsschäden des Zweiten Weltkriegs längst repariert. Es fehlten schlicht weitere Expansionsmöglichkeiten für das anlegewohnte Kapital.

Konfrontiert mit weiterhin erbobenen Gewerkschaftsforderungen nach substantziellen Lohnerhöhungen, gingen die Unternehmen dazu über, die Mehrausgaben für die Gehälter auf die Preise ihrer Waren draufzuschlagen. Eine Art lohnpolitischen „Inflation antreibendes „Wettrennen“ setzte ein, in dem Gewerkschaften ihre Lohnforderungen an die immer schneller galoppierende Inflation anzupassen trachteten. Hinzu kam 1973 die „Ölkrise“, als OPEC den Preis für Erdöl massiv erhöhen versuchte und somit der Teuerung in den Industriestaaten weiteren Auftrieb verschaffte.

Zudem – und diese Entwicklung war und ist bis zum heutigen Tage entscheidend – erwies sich der immer enger mit der Industrie verzahnte, zu höherer Produktivität und somit zu kurzfristigen Wettbewerbsvorteilen führende, wissenschaftlich-technische Fortschritt als ein zweischneidiges Schwert. Kommen Produktivitätssteigerungen und neuer Technologien bis in die 70er Jahre zur Erschließung neuartiger Märkte beitragen und immer mehr Arbeitsplätze schaffen, als durch Rationalisierungen in älteren Industrien wegfallen, so kippt diese Entwicklung

Fordismus und Keynesianismus in der Krise

Was führte nun zu der Anfang der 70er ausbrechenden Krise dieses scheinbar perfekten, marktwirtschaftlichen Wirtschafts-wunderlandes? Für die nahezu alle westlichen Industrieländer spätestens seit 1973 erfassenden wirtschaftlichen Verwerfungen etablierte sich der Begriff der Stagflation – einer überhand nehmenden Inflation, die mit einer stagnierenden, wenn nicht gar rückläufigen Konjunktur verbunden war. Beide Phänomene standen in einer engen Wechselwirkung.

Die inflationäre Dynamik ist ursächlich auf die fallende Profitrate der Unternehmen zurückzuführen. Seit der zweiten Hälfte der 60er fielen insbesondere in den USA die Gewinne in Relation zu dem von den Unternehmen eingesetzten Kapital – sozusagen die „Verzinsung“ des Industriekapitals – immer weiter ab.

An dieser Stelle scheinen ein paar grundsätzliche Erläuterungen angebracht. Der Gewinn ist das entscheidende Prinzip, der innerste Antrieb einer Marktwirtschaft – wenden Unternehmen doch ihr Kapital in der Produktion von Waren ausschließlic zu dessen Vermehrung durch deren Verkauf auf dem Markt auf. Die Produktion von Waren ist somit nur Mittel zum Zweck: zur Vermehrung von Kapital. Dies ist ein ökonomischer Kreislauf, der seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise besteht: Kapital, eingesetzt zur Produktion von Waren, muss nach deren Veräußerung einen Gewinn abwerfen. Der nun um den Gewinn vergrößerte Kapitalbestand wird wiederum in die Produktion von noch mehr Gütern eingesetzt. Die Auswirkungen des Reinvestierens von Gewinnen zwecks Erhöhung der Produktivität (und der Konkurrenzfähigkeit) eines Unternehmens erläuterten die Theoretiker Gerry Gold und Paul Feldman in ihrem Buch [extern] A House of Cards:

Durch Kapitalinvestitionen erholte Produktivität lässt die Profitrate fallen, da weniger Arbeiter als Quelle des Werts verfügbar sind, in Relation zum selben Ausmaß der Investitionen. Zur selben Zeit bringt ein erhöhter Ausstoß der Produktion eine Reduktion der Kosten, und folglich auch des Werts, den jede Ware verkörpert, mit sich. Wenn die Preise fallen, müssen immer mehr Waren abgesetzt werden, um die Einkünfte kommen aufrecht zu erhalten. Wachstum ist deswegen absolut essentiell, um die Profite aufrecht zu erhalten oder gar zu erhöhen. Das ist der Kernpunkt der Probleme des Kapitalismus.

Gerry Gold und Paul Feldman

Entgegen all dem, was unsere Banker und Finanzberater uns in den letzten Dekaden einzureden versuchten, basiert der reelle Wert von Waren und Dienstleistungen immer noch auf der Verengung menschlicher Arbeitskraft. Wichtig ist hierbei auch die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Mit der erhöhten Produktivität geht auch die Beschäftigung in den etablierten Industriezweigen zurück. Neue, wiederum durch technischen Fortschritt erschlossene Industriezweige müssen diesen Arbeitskräfteüberschuss aufnehmen können, um die Stabilität des kapitalistischen Systems aufrecht erhalten zu können. Dem Kapitalismus wolant also gleich in mehrfacher Hinsicht ein Zwang zur permanenten Expansion inne, der sich im öffentlich feilschiersten „Wirtschaftswachstum“ äußert, und dessen Kern die gewinnbringende Investition von Kapital, die Kapitalverwertung, bildet.

Die Aufhebung der Goldbindung des US-Dollar führte einerseits zum Wegfall der regulierenden, stabilisierenden Funktion des globalen Systems fester Wechselkurse, und sie beschleunigte andererseits die rasche Ausbreitung und Etablierung der Finanzmärkte, die Währungen nun sehr schnell zu einer Spekulationsware wurden. Zudem war nun die Steuerung der Geldmenge keinen substantziellen Beschränkungen aufgeworfen, sie konnte aus rein wirtschaftspolitischen Erwägungen – vermittels Zinspolitik – potentiell unbegrenzt erhöht werden. Es ist gerade diese Geldpolitische Narrenfreiheit, die Jahrzehnte später wesentlich zu den enormen Dimensionen der gegenwärtigen Finanzkrise beitragen sollte.

Die Gegenbewegung, die den ökonomischen „Gordischen Knoten“ der Stagnation der 70er durchzuschneiden trachtete und später unter dem Namen „Neoliberalismus“ bekannt werden sollte, konnte ihre ersten, praktischen Schritte ebenfalls 1973 wagen. Nachdem am 11.09.1973 der sozialistische Präsident Chiles Salvador Allende gestürzt und eine bis 1990 andauernde faschistische Diktatur unter General Augusto Pinochet errichtet wurde, fungierte das südamerikanische Land als ein Experimentierfeld neoliberaler Politik. In Pinochets Chile wurden Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkungen, Monetarismus und Sozialkabschlag ausgiebig von den [extern] Chicago Boys erprobt, bevor dieser Politikmix unter US-Präsident Ronald Reagan und der britischen „eisernen Lady“ Margaret Thatcher in den ersten Industrieländern zur Anwendung gelangte.

Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für die Herausbildung des von den kapitalistischen Volkswirtschaften in den 70ern bei. Mit der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, mit der abnehmenden Menge an Arbeitskraft, die in der Warenproduktion aufgewendet werden muss, untergräbt unsere kapitalistische „Arbeitsgesellschaft“ ihr eigenes Fundament. Der Kapitalismus könne sich „an alles anpassen, nur nicht an sich selbst“, konstatierte der Krisentheoretiker Robert Kurz.

Das durch keynesianistische Wirtschaftspolitik und fordistische Produktionsmethoden gekennzeichnete, kapitalistische Weltssystem befand sich also in den 70ern in einer fundamentalen Krise, die aus der Erschöpfung der „innnen Expansion“ und einer fallenden Profitrate resultierte und in unüberschbare Stagnationstendenzen und die aufkommende Massenarbeitslosigkeit mündete. In Kern waren es die selben Kräfte, die zuvor das stürmische Wachstum des Kapitalismus in seinem „Goldenen Zeitalter“ befeuert, die nun auch dessen Krise einleiteten: Die durch die Konkurrenz angetriebene, produktivitätssteigernde Rationalisierung und Automatisierung der Produktion sollte – wie wir noch später genauer sehen werden – ab den späten 80er einen immer größeren Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung marginalisieren.

Neoliberaler Offensive

Als eine zentrale Voraussetzung des Übergangs vom keynesianischen zum neoliberalen Kapitalismusmodell gilt die Aufhebung der Goldbindung des US-Dollar in 1971. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Greenback in seiner Funktion als Weltwährung fest an die Goldreserven der USA gekoppelt, während alle anderen Währungen der OECD wiederum in festen Wechselkursen zum Dollar standen. Die US-Regierung garantierte, 35 US-Dollar im zwischenstaatlichen Handel jederzeit in eine Feinunze Gold umzutauschen. Man könnte auch sagen, das bis 1971 das Geld in den westlichen Industrienationen nur ein Symbol für Gold – also für eine Ware – war, mit dem man als Konsument beispielsweise beim Einkauf in „Warentausch“ trat. Die Ware Gold spielte, vermittels des US-Dollars und fester Wechselkurse, die Rolle eines allgemeinen Äquivalents, in dem alle anderen Waren ihren Wert ausdrückten.

Doch seit den 60ern ging die US-Regierung dazu über, die ausserdem Kosten des Vietnamkrieges und parallel initiiierter Sozialreformen durch eine Inflationierung des Dollars zu decken. Durch die angeforderten Notengrossen in den USA überstieg schon in den 60ern der Nennwert der US-Dollar im europäischen und japanischen Besitz die US-Goldreserven. Am 17. August 1971 sah sich die Nixon-Administration folglich genötigt, die Goldbindung des US-Dollar aufzuheben. Am 11. März 1973 lösten die führenden Industrienationen wiederum ihre festen Wechselkurse an den US-Dollar und gingen zum freien „Flößen“ der Währungen über. So behielten die Neoliberalen ein wichtiges Element keynesianischer Politik bei: die kreditfinanzierten Konjunkturprogramme, von denen aber diesmal nur der Militärisch-Industrielle-Komplex der USA profitierte.

Die von den US-Neoliberalen postulierte Reduzierung der Ausgaben der Öffentlichen Hand galt somit nicht für den Militärischen Sektor, sondern vor allem für den Sozialstaat. Generell kann bereits der Periode der Reaganomics eine starke Krisenähnlichkeit attestiert werden. Bereits 1981 brach eine schwere Rezession aus, die Arbeitslosenraten von bis zu 10 Prozent in 1982 zur Folge hatte. Eine erneute Rezession, die auf spekulative Exzesse der Reaganomic zurückgeführt werden kann, brach Anfang der 90er Jahre aus und verteilte die Wiedervahl von Präsident Bush Senior.

Die Finanzmärkte heben ab

Die milliardenschweren Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne flossen nicht als Investitionen in die unter geringen Profitraten und gesättigten Märkten leidende Industrie, wie in neoliberaler Ideologie postuliert, sondern auf die dere-

gulierten Finanzmärkte, auf denen weitaus größere Profite winkten.

Seit den 80ern nimmt der Umfang der Aktienmärkte dramatisch zu, etablieren sich Spekulationen auf den Devisen- und Warenterminmärkten (bei Schweineböuchen und gefrorenen Orangensaft beispielsweise). 1987 erfolgt mit dem „Schwarzen Montag“ der erste Warnschuss, die erste spekulative Überhitzung auf dem US-Aktienmarkt seit den 30er Jahren. Nach jahrelangem, stürmischem Wachstum, während dessen der Dow Jones sich zwischen 1985 und 1987 verdoppelte, fiel der US-Leitindex innerhalb eines Tages um 22,6 Prozent. Dies war der größte prozentuale Einbruch des Dow innerhalb eines Tages in dessen Geschichte. Doch schon binnen 15 Monaten waren diese Verluste egalisiert und erhabte Rückwirkungen auf die Ökonomie blieben erstmal aus.

Ganz anders verhielt es sich mit der [extern] Sparkassenkrise, die Ende der 80er die USA erschütterte und zur besagten Rezession von 1990 bis 1991 beitrug. Die unter der hohen Inflation des ausgehenden Keynesianismus in den 70ern leidenden 3.800 kommunalen US-Sparkassen waren mit erheblichen Einlagenabflüssen an die höhere Verzinsung versprechenden Geldmarktfonds konfrontiert. Die Reagan-Administration reagierte klassisch „neoliberal“, indem sie die strikte Regulierung der kommunalen Geldinstitute größtenteils aufhob, die als eine Lehre aus der Depression von 1929 erlassen wurde. Die Sparkassen stürzten sich folglich ins Getümmel der boomenden Finanzmärkte und expandierten in hohem Tempo. Die Anzahl der an angehende Hausbauer vergebenen Hypotheken nahm rasant zu, da gleichzeitig die Immobilienpreise in den frühen 80ern im Steigen begriffen waren. Zudem gingen die kommunalen Finanzinstitute dazu über, mit risikoreichen Junk Bonds, also mit hochriskanten Unternehmensanleihen, zu spekulieren.

Fallende Immobilienpreise ab 1985 ließen schließlich diese spekulative Blase platzen und die Sparkassen massenweise in die Insolvenz schlittern. 2.412 kommunale Geldhäuser gingen pleite, die Kosten für den US-Steuerzahler sollten sich auf bis zu 326 Milliarden US-Dollar summieren. Zudem ging ein klassischer Konjunktur in den USA ein. Dieser Vorläufer der gegenwärtigen Krise aus den 80ern hatte natürlich weitaus geringere Ausmaße. Die gegenwärtigen „Bailouts“ für das US-Finanzkapital bewegen sich bereits im Rahmen mehrerer Billionen US-Dollar.

Aufmerksame Beobachter konnten schon damals die fundamentale Veränderung innerhalb der marktwirtschaftlichen Ökonomie ausmachen, die „Finanzielle Explosion“ der 80er Jahre mit sich brachte. Bereits 1985 beschrieb insbesondere Paul Sweezy die Ursachen der aufkommenden Dominanz der Finanzindustrie, sowie deren Wechselwirkung mit der realen Wirtschaft. Der US-amerikanische Ökonom und Herausgeber des renommierten Theoriezeitschrift Monthly Review (in der u.a. Albert Einstein [extern] publizierter), konnte in einem im Dezember 1985 erschienenen und „The Financial Explosion“ betitelten [extern] Artikel den Zusammenhang zwischen der Stagnation der 70er Jahre und den nun massiv expandierenden Finanzmärkten der 80er herstellen.

Die ab 1970 stagnierende Ökonomie wirkte laut Sweezy als eine „Bruststätte“ der finanziellen Explosion während der Reagan-Ära, für die sich schnell im angelsächsischen Raum der Begriff der [extern] Financialisation of Capitalism, der Financialisation des Kapitalismus etablierte. Wachstum und Wohlstand werden durch die oben beschriebenen einflussreichen Regimes in der Dritten Welt mit Krediten überschüttet wurden, die die Grundlage für die Schuldenfalle und den Staatsbankrott vieler Entwicklungsländer in den folgenden Jahrzehnten legten. ▶

Wieso erholten sich die Profitraten? Ein wichtiger Faktor war die Erhöhung der Ausbeutungsrate innerhalb der Ökonomie, wie durch den steigenden Anteil des Kapitals – und dem fallenden der Arbeit – am Bruttosozialprodukt ersichtlich wird.[extern] Chris Harman

Ein immer größerer Teil des „volkswirtschaftlichen Kuchens“, des erwirtschafteten BSP, ging also an die Unternehmen, der Anteil der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum nahm ab. So stagnierten seit der Reagan-Ära die realen, inflationsbereinigten Löhne der amerikanischen Bevölkerung. Heute verdienen die Lohnabhängigen der USA de facto weniger als 1973. Ermöglicht wurde dies durch eine gewerkschaftsfeindliche Politik der Reagan-Administration, in deren Gefolge der gewerkschaftliche Organisationsgrad der US-Arbeiterschaft immer weiter sank. Zudem leiteten die Reaganomics die berüchtigte „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes ein, die die lebenslangen, geregelten Arbeitsverhältnisse des keynesianischen „Goldenen Zeitalters“ massiv zurückdrängte und prekäre Beschäftigung in ganzen Gewerbezeigebare etablierte.

Die massiven Steuerergeschenke für Spitzenverdiener (Spitzensteuersatz sinkt von 70% auf 28%) wurden im Rahmen der Trickle-Down-Theorie (abgeleitet vom englischen absichern) legitimiert. Demnach würde der massiv zunehmende Reichtum der Obersten Zehntausend durch die Ökonomie hindurch bis zu den Ärmsten „durchschickern“. Die massive Einkommens- und Vermögensverteilung in den USA findet in den Reaganomics ihren Ursprung.

Daneben bildete sich auch erstmals eine enorme Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten innerhalb der Reagan-Ära aus, da die massiven Steuersenkungen, die innerhalb der 80er umgesetzt wurden, mit einer enormen Rüstungsanstrengung Washingtons einher gingen, mit der die Sowjetunion „zu Tode gerüstet“ werden sollte. So behielten die Neoliberalen ein wichtiges Element keynesianischer Politik bei: die kreditfinanzierten Konjunkturprogramme, von denen aber diesmal nur der Militärisch-Industrielle-Komplex der USA profitierte.

Die von den US-Neoliberalen postulierte Reduzierung der Ausgaben der Öffentlichen Hand galt somit nicht für den Militärischen Sektor, sondern vor allem für den Sozialstaat. Generell kann bereits der Periode der Reaganomics eine starke Krisenähnlichkeit attestiert werden. Bereits 1981 brach eine schwere Rezession aus, die Arbeitslosenraten von bis zu 10 Prozent in 1982 zur Folge hatte. Eine erneute Rezession, die auf spekulative Exzesse der Reaganomic zurückgeführt werden kann, brach Anfang der 90er Jahre aus und verteilte die Wiedervahl von Präsident Bush Senior.

Die Finanzmärkte heben ab

Die milliardenschweren Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne flossen nicht als Investitionen in die unter geringen Profitraten und gesättigten Märkten leidende Industrie, wie in neoliberaler Ideologie postuliert, sondern auf die dere-



Fotografie: Vera Hoffmann

Regierung gab HRE ungeprüft Milliardenhilfe

Severin Weiland und John Goetz

Überraschende Aussagen im HRE-Untersuchungsausschuss: Bei der ersten Rettungsaktion für die angeschlagene Bank billigte der Bund im September 35 Milliarden Euro an Garantien - ohne eigene Prüfung. Grüne und Union üben harsche Kritik am Bundesfinanzministerium.

(...) Erste Einblicke bekamen jetzt die Abgeordneten des HRE-Untersuchungsausschusses in der vertraulichen Sitzung, die von Donnerstag bis Freitagmorgen dauerte - und sie erlebten eine Überraschung. Eine Bewertung auf Werthaltig-

keit - auch als „Due Diligence“ bekannt - durch die BaFin oder das Bundesfinanzministerium fand nicht statt. Das erklärte die Leiterin Bankenaufsicht der BaFin, Sabine Lautenschläger-Peiter, vor dem Gremium.

(...) Der 15. September gilt als Wendepunkt der Finanzkrise - an jenem Tag war die US-Bank Lehman Brothers in die Insolvenz geraten und hatte die komplette globale Bankenbranche in eine tiefe Krise gestürzt - unter anderem auch die HRE, die in Folge ebenfalls an den Rand

der Pleite geriet.

Am jenem Wochenende vom 26. bis 29. September 2008, als die HRE gerettet wurde, waren nach Angaben der BaFin-Zeugin Lautenschläger-Peiter mehrere Prüfungsteams der Privatwirtschaft vor Ort in Frankfurt am Main. Die öffentliche Hand habe „die Ergebnisse dieser Experten übernommen“, heißt es weiter in den vertraulichen Unterlagen. (...) ▲

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,628802,00.html>

Wie zu erwarten: Deutsche Unternehmensgewinne brechen um 70 % ein

12.06.2009

Nach einer vergleichenden Bilanzanalyse des Handelsblatts in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsprüfung an der Uni Saarbrücken (IWP) und der Unternehmensberatung Oliver Wyman strichen die Top-100-Konzerne im ersten Quartal nur noch Nettogewinne in Höhe von 4,8 Milliarden Euro ein, wovon allerdings allein 4,5 Milliarden Euro auf die beiden Versorger Eon und RWE entfielen. Die anderen 98 Konzerne verzeichneten praktisch keine Gewinne mehr. 32 der 100 Unternehmen rutsch-

ten in die roten Zahlen. Die dramatisch eingebrochenen Gewinne lassen die Margen (Umsatzrendite) auf das Niveau vom Krisenjahr 2002 einbrechen: Insgesamt blieb bei den 100 Top-Unternehmen pro Euro Umsatz nur 1,7 Cent übrig, nach 5,3 Cent im Vorjahr oder 68 % weniger (Abb. 14687).

Dagegen sanken die Umsätze im ersten Quartal dieses Jahres durchschnittlich nur um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Grund für das Missverhältnis zwischen moderat sinkenden Umsätzen, aber scharf

einbrechenden Gewinnen sind hohe Fixkosten. Sie lassen sich in der Krise nur schwer und zeitverzögert drücken, vor allem durch Entlassungen. Schon in der Krise zwischen 2001 und 2003 waren anfangs die Gewinne eingebrochen. Als die Unternehmen später mit Restrukturierungen und Entlassungen reagierten und so die Kosten nachhaltig senkten, stiegen die Gewinne, obwohl die Umsätze zu nächst noch weiter sanken. ▲

<http://www.jahneke.net/rundtr57.html#gew>

Schon wieder Zocker-Anleihen

Oberkirchenrat Dr. Joachim Schmidt, 02.06.2009

Deutlich mehr als 150 Prozent jährlicher Rendite mitten in der weltweiten Finanzkrise versprechen Offerten, die bedeutende deutsche Investmenthäuser großen Investoren derzeit schon wieder diskret anbieten. (...) Striegler wurde von einem namhaften deutschen Finanzhaus das amerikanische sogenannte TALF-Programm (Term Asset-Backed Securities Loan Facility) angeboten, mit dem die US-Regierung über ein Kredit-system den Handel mit speziellen US-Papieren wieder in Gang bringen will. Besondere Sicherheiten sind ebenso wenig erforderlich wie eine Nachschusspflicht der Investoren im Fall von et-

waigen Zahlungsausfällen. Das Ganze wurde als „ausgesprochen attraktives Chance-Risiko-Profil“ dargestellt. Als mögliche jährliche Eigenkapitalrendite wurden 169 Prozent angegeben, bezogen auf die Laufzeit von vier Jahren 676 Prozent. Mit anderen Worten: In einer Zeit, in der sogenannte High-Yields, hoch riskante Anleihen, mit Renditemöglichkeiten von 15 bis 20 % pro Jahr erworben werden und eine 10-jährige Bundesanleihe mit etwa 3,4 % pro Jahr verzinst wird, bot man der EKHN das Fünfzigfache an. (...) Das erst wenige

Tage alte Angebot auf seinem Schreib-tisch, so Striegler weiter, lege einen solch bitteren Schluss nahe. „Dass es ausgerechnet einem kirchlichen Anleger zugesandt wurde, der sich um Nachhaltigkeit und die Einhaltung ethischer Anlagerichtlinien bemüht, möge ein Versehen im Geschäftsgeschehen gewesen sein. Es zeigt aber auch, wie der Markt reagiert, sobald er mit Hilfe von Steuermittel-Milliarden wieder Leben eingehaucht bekommen hat.“ ▲

<http://www.ehkn.de/index.htm> | <http://www.ehkn.de/inhalt/kirche/steuermittel/sozial/finanzkrise.php#inhalt>

Steinbrücks Bad-Bank-Modell ist abenteuerlich

14.05.2009

Henrik Enderlein, Ökonomie-Professor an der Hertie School of Governance in Berlin

Deutschland ist das einzige Land, das eine Bank-Bank einführt, ohne dass die betroffenen Institute verstaatlicht oder teilverstaatlicht sind. Wir machen den Banken sehr großzügige Geschenke, ohne die einige von ihnen wohl kaum überleben könnten. Doch Gegenleistungen fordern wir keine ein. Zudem ist unklar, wie Buchwert und Fundamentalwert der ausgelagerten Wertpapiere festgestellt werden. Doch von dieser Einschätzung hängt die finanzielle Tragfähigkeit des Plans ab. (...) Eines der zentralen Probleme bei Steinbrücks Konzept ist doch, dass es völlig ungewiss ist, wie diese Gewinne für die Verluste aus der Bad-Bank herangezogen werden sollen. Jetzt ist geplant, dies über Dividenden zu

tun - doch die legt das Unternehmen selbst fest. (...) Die Bundesregierung tritt den Banken gegenüber in der Tat viel zu weich auf. Es ist ein großes Problem, dass wir hier eine fast kulturell bedingte Angst vor den Begriffen Verstaatlichung oder Enteignung haben. Andere Länder angelsächsischen Charakters haben das innerhalb von Wochen nach Beginn der Finanzkrise gemacht. Da wurde nicht die Frage gestellt: Was sagt denn meine Partei? Da wurde einfach gehandelt. Weil die Regierungen realisiert haben, wie alternativlos diese Maßnahme ist. (...) Henrik Enderlein ist Ökonomie-Professor an der Hertie School of Governance in Berlin. ▲

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,624542,00.html>

FUNDSTÜCKE die Volksseele

huhu, die Systemfrage

Wenn Banken Geld schöpfen können, warum leiden wir dann unter einer »Kreditklemme«? Warum können die Banken nicht all das Geld schöpfen, das sie verleihen können? ...

Der Turmbau zu Basel: Geheimpläne für eine globale Währung

Zeit für eine richtige Krise

08.06.2009

Man mag bedauern, dass aus dieser Krise nichts gelernt wird. Andererseits wird der Rückfall entsprechend heftig, so dass die Welt dann um einen Wandel nicht mehr herumkommt. (...)

So schnell kriegt man es halt aus den Köpfen der Menschen nicht raus, was sie über die vergangenen Jahrzehnte gelernt haben: den Wert von allem; wirklich allem; nur noch in Geld auszudrücken. Sei es Kunst, Sport oder Bildung, aber selbst Gleichberechtigung, Umweltschutz oder soziales Verhalten kann Firmenchefs und Politikern nur noch mit Verweis auf die pekuniären Vorteile schmackhaft gemacht werden. Auch wird man den Menschen den Irglau-

http://www.fjd.de/boersen_merkte/aktien/marktberichte/08.06.09/DasKapital-Zeit-fkFC-eine-richtige-Krise523916.html

„Mit herkömmlichen Methoden nicht zu lösen“

23.01.2009

Die aktuelle wirtschafts- und Finanzkrise lässt sich nicht mit den bisher gewohnten Methoden lösen, erklärt Professor Fredmund Malik, Verwaltungsratspräsident des Management Zentrums St. Gallen. Nach Ansicht des Hochschullehrers, Unternehmenseksperten und Autors vieler Publikationen ist die Krise nur ein oberflächliches Symptom für die größte Systemtransformation der Geschichte. Hin von einer Geld- zu einer Wissensgesellschaft.

(...) FED-Chef Ben Bernanke hatte einen frühen Anflug von Verstehen, als er im September sinngemäß sagte: We have a total loss of control. Also müssen neue Regulierungssysteme entstehen, die komplexitätsgerecht sind und sich nicht an den kurzfristigen Interessen von Schein-Investoren orientieren. Unter anderem muss man lernen, dass die Welt nicht von Geld regiert wird, wie viele weismachen wollen, sondern weit mehr von elementarer Menschlichkeit. In den heutigen Gesellschaften liegen enorme Leistungspotentiale brach. Intelligenz, Kreativität, und relevante Information bleiben in unvorstellbarem Ausmaß ungenutzt. Wie ich durch meine täglichen Kontakte mit zahlreichen Führungskräften seit Jahren beobachten kann, haben sich Resignation, Demotivation, Agonie und Bitterkeit in vielen Unternehmen breit gemacht, besonders dort, wo Shareholder-Value und Geldgetriebenheit herrschen. Eine Politik, die diese brachliegenden Potentiale zu mobilisieren versteht, wird Wahlen gewinnen und Lösungen finden. Die Methoden dafür sind verfügbar. Wir haben sie jahrelang getestet und verwenden sie täglich. (...) Politik muss verstehen, dass Probleme heute nicht mehr links oder rechts, sondern vielmehr komplex sind. Lösungen sind nicht rot, blau oder grün, sondern richtig oder falsch. Aus den heutigen Parteistrukturen, die ihre Wurzeln im frühen vorigen Jahrhundert haben, können kaum Lösungen erwachsen. (...) ▲

<http://www.faz.net/NI/N/In/templates/faznet/default.asp?tpl=common/zwischenstelle.asp&dox=F08711C7-CDB2-E6FE-36BC-957FE3996E081&rub=48D1C8FB-8D98-4684-A5F5-46CE28AC58D5>

Die Wut erreicht die Straße

Lutz Meier, Sebastian Bräuer, Titus Kroder und Lukas Heiny, 26.03.2009

In den vergangenen Tagen haben die Ereignisse allerdings eine neue, aggressive Dimension erreicht: Es wird persönlich. In Frankreich, Großbritannien und den USA werden Manager und Banker zur Zielscheibe des Zorns: Geiselnahmen, Morddrohungen, Angriffe auf das Eigentum. Es ist keine abstrakte Wut mehr auf „gierige Banker“ - die Drohungen und Bedrohungen sind ganz konkret.

<http://www.fjd.de/politik/international/Agenda-Die-Wut-erreicht-die-Stra3e492319.html>

Eine Alte Welt geht zugrunde, weil eine Neue Welt entstehen will - bildhaft vergleichbar mit einer Raupe, die stirbt, weil der Schmetterling ans Licht kommt. Was Finanzkrise genannt wird, ist nur ein oberflächliches Symptom. Weltweit gehen Wirtschaft und Gesellschaft durch die größte Transformation der Geschichte, nämlich hin zu einer Gesellschaft, deren wichtigstes Merkmal ihre extreme Komplexität ist. Deshalb nenne ich sie Komplexitätsgesellschaft. Deren Kapital ist nicht Geld, sondern Wissen. Hier steuert nicht Macht, sondern Information. Die herkömmlichen Organisationen funktionieren nicht unter Komplexitätsbedingungen, denn ihre Einsetzung reicht tief in das vorige Jahrhundert, wo völlig andere Bedingungen herrschten. Kein Wunder, herrschen heute Orientierungs- und Ratlosigkeit. Sie führen zu Hilflosigkeit und vielfach blindem Aktionismus. Die meisten sehen im Neuen nur das Alte. Die vertrauten Reflexe sind plötzlich radikal falsch. Wie bei Autofahrern - quasi über Nacht müssen sie links statt rechts fahren.

(...) Einer der Schlüssel ist eine Bruch-änderung der bisherigen desaströsen Corporate Governance. Ein anderer ist eine Radikalförderung der Aus- und Weiterbildung von heutigen und zukünftigen Führungskräften. Die falsche Art der shareholder-orientierten Unternehmensführung stammt aus Universitäten, aus zahllosen MBA-Programmen und aus der Consulting-Szene. Auch manche Medien haben tatkräftig mitgewirkt. Wer weiterhin desaströse Management-Irrlehren verbreitet, verhindert Lösungen und trägt zur Verschärfung der Krise bei. Wenn sich daran nichts ändert, wird die Folge eine soziale Katastrophe sein. (...) ▲

► Fortsetzung (Seite 02)

Die finanzielle Explosion

Auf dem Binnenmarkt wurden die teilweise bereits erwähnten, neuartigen Betätigungsfelder geschaffen, wie die Spekulation auf den Wertterminbörsen und Devisenmärkten, die Zockerei mit Optionen oder auch die durch Banken finanzierten Unternehmensübernahmen - die Geburtsstunde des berühmten Investmentbanking. All diese neuen „Märkte“ und deren entsprechende Waren und Dienstleistungen gingen mit exzessivem Einsatz von Kredit und daraus resultierender Verschuldung einher, die heute in der Branche als Leverage (Hebelung) veredlicht wird. Mehr noch, Sweezy erkannte zudem, dass es sich bei dieser finanziellen Explosion, bei der damit einhergehenden Verschuldung, um einen selbstverstärkenden Prozess handelt, der ein enormes Wachstumspotential beinhaltet:

Der Kernpunkt ist, ... dass die Finanzsphäre das Potential hat, sich zu einem autonomen Subsystem der ganzen Ökonomie zu entwickeln, mit einer enormen Kapazität zur Selbstexpansion. Ist der Prozess der Expansion erstmal voll in Gang gesetzt, wie es zwangsläufig im Kontext des Wiederauftretens der Stagnation in der 1970ern passieren musste, tendiert er dazu, aus sich selbst heraus zu wachsen: Wie Krebs, besitzt es keine internen Kontrollmechanismen. Es kann nur durch externe Interventionen unter Kontrolle gebracht werden.[extern] Paul Sweezy

Wieso erfolgte kein externer Eingriff? Wieso griffen alle US-Regierungen nicht ein und wieso gingen sie sogar im Folgenden dazu über, immer weitere Beschränkungen des Finanzsektors aus der Ära des New Deal zu beseitigen? Bei der Beantwortung dieser Fragen benannte Sweezy den wichtigsten Effekt der Finanzialisierung des Kapitalismus auf die reale Ökonomie, der den nun einströmenden Finanzüberfluss über sich eine lange Zeit hat wachern lassen: Der wild und unkontrolliert expandierende Finanzsektor wirkt stimulierend auf die Konjunktur, er hilft indirekt, zumindest mittelfristig die Effekte der wirtschaftlichen Stagnation zu mildern. Zum einen sind es die in der Finanzbranche entstehenden Arbeitsplätze, sowie der Bedarf an Büros, Ausstattung, Transport oder Kommunikation, die der Konjunktur auf die Beine helfen. Zusätzlich nennt Sweezy noch den enormen Anstieg von Reichtum, der zumindest kurzfristig innerhalb des Finanzsektors generiert wird, und der den Konsum beflügelt. In den folgenden Kapiteln werden diese Mechanismen genauer untersucht werden.

Die „finanzielle Explosion“ sei in der Tat eine der „Stagnation entgegengetretende Kraft“, konstatierte der Harvard-Absolvent und Schumpeter-Schüler. In den kommenden Jahrzehnten werden sich diese Rückwirkungen der spekulativen Blasenbildung auf die reale Ökonomie zusehends verstärken - mit Hilfe der Wirtschafts- und Geldpolitik. Hier nochmals Sweezys nahezu prophetischen Worte, die den Krisenverlauf der kommenden Dekaden - die Reaktionen der Politik bei jeder künftig platzenden Spekulationsblase - erstaunlich genau vorhersagen:

Wir sehen nun genau wieso, obwohl jeder die zunehmend abscheulicheren Exzesse der finanziellen Explosion beobachtet, nichts passiert - oder gar ernsthaft vorgeschlagen wird - um sie unter Kontrolle zu bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Jedes mal, wenn eine Katastrophe droht, springen die Autoritäten bei, um das Feuer zu löschen - und verschütten während dessen noch mehr Benzin für das nächste auflodern der Flammen. Der Grund hierfür ist einfach der, dass, wenn die Explosion unter Kontrolle gebracht würde... die gesamte Ökonomie ins Chaos stürzte. Die Metapher von dem Mann, der einen Tiger reitet, trifft diesen Prozess haargenau. ▲

<http://www.heise.de/tpl4/artikel/129/291841.html>



Fotografie: Peter Hoffmann

WER IST EIGENTLICH…?

Zbig-niew Kazi-mierz Brzez-in-ski

Zbigniew Kazimierz Brzezinski (* **28. März 1928** in **Warschau**) ist ein polnisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und gilt neben Henry Kissinger und Samuel P. Huntington als große Eminenz unter den US-amerikanischen Globalstrategen. Von 1977 bis 1981 war er Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter. Heute ist er Professor für Amerikanische Außenpolitik an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore, Berater am „Zentrum für Strategische und Internationale Studien“ (CSIS) in Washington DC, und Verfasser von politischen Sachbüchern. Daneben betätigt er sich als Berater für mehrere große amerikanische und internationale Unternehmen. Dazwei ist er auch als außenpolitischer Berater des US-Präsidenten Barack Obama tätig.

1973 wurde Brzezinski der erste Direktor der sogenannten Trilateralen Kommission (Trilateral Commission), einer Gruppe prominenter politischer, akademischer und wirtschaftlicher Führungspersönlichkeiten aus den USA, Westeuropa und Japan. Ziel dieser Gruppe war es, die Beziehungen zwischen diesen drei Regionen zu stärken. Der zukünftige amerikanische Präsident Jimmy Carter war ein Mitglied und als er 1974 seine Kandidatur um das Weiße Haus erklärte, wurde Brzezinski, der ein Kritiker der Nixon-Kissinger-Außenpolitik war, sein Berater für außenpolitische Fragen. Nach seinem Sieg im Jahre 1976 machte Carter ihn dann zu seinem nationalen Sicherheitsberater.

Als Sicherheitsberater von Jimmy Carter (1977–1981) erwarb Brzezinski sich den Ruf eines „Hardliners“ bezüglich seiner Politik gegenüber der Sowjetunion. Er befürwortete die Unterstützung des sowjetischen Agenten Kowalewtsch in Pakistan und Afghanistan, unter anderem durch massive finanzielle Unterstützung der vor kommunistischen Geheimdiensten geleiteten Trainingslager durch die CIA und den britischen MI6. Brzezinski trieb die Entwicklung politischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China voran und befürwortete eine neue Übereinkunft zur Rüstungskontrolle mit Moskau. Weiterhin teilte er die Ansicht des Präsidenten, dass die Vereinigten Staaten anstelle von Alleingängen diplomatisch eine Politik der internationalen Kooperation betreiben sollten. In seinem Buch Die einzige Weltmacht skizzierte er eine globale unilaterale Dominanz der USA, die an eine Durchdringung amerikanischer Interessen im zentralasiatischen Raum gekoppelt ist. Damit verbunden fordert er für die US-Außenpolitik, die Entwicklung der hier mit den USA konkurrierenden Großmächte China und Russland zu begrenzen, etwa indem man separatistische Bewegungen in den Grenzgebieten anfeuert.

Seit 2006 mit Brzezinski als Kritiker der US-Politik gegenüber dem Atomprogramm des Iran und im Irakkrieg herbe. Brzezinski ist der Meinung, dass die Strategie der USA gescheitert ist. Anfang 2007 warnte er davor, die USA würden einen Vorwand suchen, um gegen den Iran einen Krieg zu initiieren. 1963 wählte ihn die US-Handelskammer zu einem von Americas zehn hervorragendsten Menschen (One of America’s Top Outstanding Men). 1969 wurde er Ehrenmitglied der „American Academy of Arts and Sciences“. 1981 erhielt er die Presidential Medal of Freedom für seine Rolle bei der Normalisierung des politischen Verhältnisses zwischen der Volksrepublik China und den USA sowie für seinen Beitrag zu den Menschenrechten und zur nationalen Sicherheitspolitik der Vereingten Staaten. Für seine Beiträge zur Wiedereingaltung der Unabhängigkeit Polens erhielt er 1995 den „Orden von Weiblen Adler“. Polens höchste zivile Auszeichnung, 2002 wurde er Ehrenbürger von Danzig. Akademische Ehrendoktorwürden erhielt er von den Hochschulen Georgetown University, Williams College, Fordham University, College of Holy Cross, Alliance College, the Catholic University of Dublin und der Universität Warschau.

Weitere Auszeichnungen sind die ‚Centennial Medal of the Graduate School of Arts and Sciences‘ der Harvard University, der „Hubert Humphry Award for Public Service“ der American Political Science Association und der U „Thant Award“. Darüber hinaus ist Brzezinski Ehrenmitglied von Stifungen, darunter der „Oppenheim-Stiftung“ und der Ford-Stiftung.

http://de.wikipedia.org/wiki/Zbigniew_Brzczi%C5%84ski

Die Wahrnehmung der Bürger ist im realen Leben eine völlig andere, …

… als die, welche sie von den etablierten Medien präsentiert bekommt.
Christoph Werth, 25.04.2006

Christoph Werth lehrt die Fächer Medienpolitik und Politische Wissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er hat den NachDenKSeiten das nachfolgende Interview mit der In Regensburg erscheinenden Zeitschrift „Der Leserbrief“ zur Verfügung gestellt.

Kroll: Herr Dr. Werth, in zwei Stunden werden Sie im Evangelischen Bildungswerk einen Vortrag mit dem Titel „Journalismus auf dem Schoß von Politik und Wirtschaft“ halten. Sind unsere Medien zu einem Schoßhühnen verkommen?
Werth: Die Demokratie lebt wesentlich von Öffentlichkeit. Die Medien haben die zentrale Aufgabe, Transparenz der res publica zu ermöglichen und eine öffentliche Debatte zu ermöglichen. Tun sie das nicht, dann bilden sich geschlossene Systeme, und es bestimmen abgeschottete Staatsapparate, Zentralkomitees oder oligarchische Verflechtungen aus Wirtschaft, Verbänden und Parteien die Gesellschaft. Wir erleben gerade einen Trend zu oligarchischen Systemen: Im großen Stil sehen Sie das in Italien - Stichwort Berlusconi. Aber auch im Lokalen ist dies zu beobachten. Wenn - wie in Regensburg - der Herausgeber der Tageszeitung gleichzeitig der Präsident einer Partei ist, dann besteht das Problem des doppelten Meinungsklimas. Die Wahrnehmung der Bürger ist im realen, sozialen Leben eine völlig andere, als die, welche sie von den etablierten Medien präsentiert bekommen. Dies führt dann zu einer wachsenden Entfremdung und Distanz und letztlich zu einer Politik- und Demokratieverdrossenheit - wobei sich die Verdrossenheit auf die Bucht, von den Lobbyisten als der „finfsten Gewalt“.

In Deutschland liegt der Sonderfall vor, dass die Exekutive mit einem Teil der Legislative verbunden ist. Denn die Deutschen Bundestag ist es so, dass die Regierung aus der Mehrheitsfraktion des Parlaments hervorgeht. Die Gewalten sind daher schon stärker verflochten als etwa in den USA. Hinzu kommt in Deutschland noch eine politische Kultur, die weiterhin vom Obrigkeitsdenken geprägt ist. Das führt zu der Grundhaltung: Der Bürger darf nichts wissen. Der Datenschatz wird dabei gerne als vornehmliches Argument benutzt.

Mehrere Faktoren ermöglichen diese Meinungsbildung zugunsten der Wirtschaft: Die Interessensverbände transportieren ihre Botschaften teils auf dem Wege der Korruption. Journalisten orientieren sich allzu gern an der Macht. Kurt Tucholsky sagt schon: „Ein deutscher Journalist braucht nicht bestochen, er braucht nur eingeladen zu werden.“ Zudem liegt oft auch noch ein Mangel an politischer oder wirtschaftlicher Bildung bei den Journalisten vor. Überdies ist die Informationsdefizit weist nur durch den Redaktionen eine Rolle: Häufig werden deshalb vorgefertigte PR-Beiträge, die von wirtschaftlichen Interessensgruppen oft mit großem Aufwand erstellt werden, ungeprüft übernommen.

Kroll: Sie sprachen gerade von einem „doppelten Meinungsklima“. Man könnte es auch als „Schizophrenie“ bezeichnen. Welche Auswirkungen werden die Differenzen zwischen persönlicher Wahrnehmung und medialer Präsentation auf die Zivilgesellschaft haben?

Werth: Es wird ähnliche Auswirkungen wie im Ostblock vor 1989 haben. Dort gab es die zensierten Medien der Partei, die alles schön gezeichnet haben. Und dann gab es das, was in den Medien nicht vorkam, was die Bürger aber an eigenen Leibe erleben haben. Bitterfeld in der ehemaligen DDR beispielsweise: Darüber hatte Monika Schindler in ihrem Roman „Flugzeuge“ verfasst und daraufhin erhebliche Schwierigkeiten der Staatsmacht bekommen, denn offiziell gab es ja kein Umweltschutzproblem in der DDR.

Und das gleiche werden wir jetzt auch erleben: Seit Jahren werden die Reformen gepredigt, wird die „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ als Lösung verkauft. Gleichzeitig verlieren zunehmend Menschen aus der Mittelschicht ihre Beschäftigung und müssen ihre Wohnungen verlassen, die ihnen durch den Zusammenbruch des Ost-Block nicht mehr zugestanden werden. Das führt zu einem stärker werdenden Misstrauen gegenüber der Oligarchie aus Staat, Wirtschaft, Verbänden und etablierten Medien. Daraus kann sich ein Protestwählertum ergeben…

Kroll: …oder auch völlige Restauration.
Werth: Es kann sich auch in Protest- oder Unmutausbrüchen, in Demonstrationen oder im Schreiben von Leserbriefen äußern. Oder dann, dass Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa attac vehement Unterstützung erfahren. Es kann sich im Aufschwung der Linkspartei äußern oder darin, dass die Leute überhaupt nicht mehr zur Wahl gehen, weil sie keine reale Wahl-Möglichkeit sehen und in den „Wählen“ letztlich eine undemokratische Farce.

Kroll: Welche Rolle spielt das Agenda-Setting in regionalen und überregionalen Medien?

Werth: Das spielt eine zentrale Rolle, denn wir leben ja in einer Mediengesellschaft. Und was nicht in den Medien vorkommt, existiert quasi auch nicht. Die ausgelassenen Themen sind daher auch ein Unter-

schubobjekt von Prof. Horst Pöttker von der Universität Dortmund. Auf www.nachrichtenauflaerung.de werden diejenigen Themen behandelt, die von den etablierten Medien ausgeblendet werden. Die taz hat für sich die gute Praxis eingeführt, zumindest das zu erwähnen, worüber sie selbst nicht schreibt.

Viele Sachverhalte werden verschwiegen, kommen also in der öffentlichen Debatte gar nicht vor. Bestimmte Themen werden auch nicht vermisst, denn der deutsche Zeitungsleser liest sein Blatt oft nur, um in seiner Meinung bestätigt zu werden. Der Journalist Hans Leyendecker hat die Erfahrung gemacht, dass ihm er wartende Leserbriefe erreicht haben, wenn er überwiegend Lesermeinung nicht entprochen hatte. Das deutet darauf hin, dass auch die Leute durchaus selektiv wahrnehmen, dass unangenehme Themen einfach ausgeblendet werden.

Das ist nun auf lokaler wie überregionaler Ebene so. Allerdings hat man auf der lokalen Ebene oft nur Einzelzeitungskreise und nicht die Möglichkeit, in anderen Publikationen nachzusehen, was jetzt eigentlich fehlt. Wenn Zeitungsmonopolisten die lokale Politik ständig schon schreiben, werden die Schattenseiten nicht beleuchtet. Diesem Informationsdefizit weist nur durch Herstellung von Gegenöffentlichkeit zu begehen.

Kroll: Ist die Neigung zur Verdrängung ein typisch deutsches Phänomen?
Werth: In Deutschland überwiegt der Meinungs- oder Bekennnisjournalismus. Diese Tradition wollten nach dem zweiten Weltkrieg die Alliierten - insbesondere die Briten - korrigieren. Im klassischen englischen Journalismus gehörte es zum guten Ton, zwischen Fakten und Meinungen zu trennen: Ein Beitrag bringt zunächst alle Seiten einer Sache, im Kommentar werden dann Aspekte entweder positiv gewürdigt oder negativ kritisiert. Es ist eine deutsche Umsitte, schon in der Faktendarstellung die Aspekte ausblenden zu wollen und alles meinungsmäßig einzufärben.

Kroll: Kommen wir noch zum Thema Korruption: Kavaliersdelikte oder kriminelle Handlung? Welche Rolle spielen die Medien hier?

Werth: Die wirtschaftswissenschaftliche Definition lautet: Tausch, bei dem einer der Beteiligten durch Missbrauch einer Vertrauensstellung eine nicht erlaubte Handlung als Leistung erbringt. Ich betrachte Korruption nicht als Kavaliersdelikt, weil sie ein Außer-Kraft-Setzen der rechtlichen oder der geordneten politischen Verfahren ist. Für den Außenstehenden ist die Verflechtung und Verifizierung zur Wirtschaft hat wie stark wirtschaftliches Interesse die öffentliche Diskussion bestimmen. Wenn nun alles auf „die“ Wirtschaft zugespielt ist, dann verengt sich natürlich das Beurteilungsspektrum. Und das führt wiederum dazu, dass sich die Bevölkerung mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen und nicht verstanden fühlt.

Der Wahlkampf für die letzten Bundestagswahlen 2002 und 2005 hat das auch ganz deutlich gemacht. Im Nachhinein waren sich die Parteien einig, dass Wirtschaft hat wie stark wirtschaftliches Interesse die öffentliche Diskussion bestimmen. Wenn nun alles auf „die“ Wirtschaft zugespielt ist, dann verengt sich natürlich das Beurteilungsspektrum. Und das führt wiederum dazu, dass sich die Bevölkerung mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen und nicht verstanden fühlt.

Der Wahlkampf für die letzten Bundestagswahlen 2002 und 2005 hat das auch ganz deutlich gemacht. Im Nachhinein waren sich die Parteien einig, dass Wirtschaft hat wie stark wirtschaftliches Interesse die öffentliche Diskussion bestimmen. Wenn nun alles auf „die“ Wirtschaft zugespielt ist, dann verengt sich natürlich das Beurteilungsspektrum. Und das führt wiederum dazu, dass sich die Bevölkerung mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen und nicht verstanden fühlt.

Kroll: Zeitungsmacher haben ja nicht nur die Verantwortung zu umfassender Aufklärung. Die Presse- und Meinungs-freiheit hat ihre Grenzen vor allem da, wo Persönlichkeitsrechte berührt sind. Wie beurteilen Sie den Karikaturenstreit?

Werth: Verleger, Herausgeber und Redakteure sind zu verantwortungsvollem Umgang mit Nachrichten und journalistischen Stoffen verpflichtet. Im Englischen gibt es den Ausdruck des gatekeepers, und das heißt, es wird darauf geachtet, welche Inhalte wie veröffentlicht werden. Bei der ganzen Diskussion ist zu bedenken, dass in der europäischen Entwicklung die Meinungsfreiheit im wesentlichen den Herrschaftsansprüchen der Kirche abgetrotzt wurde. Eine freiheitliche Gesellschaft muss es ermöglichen, dass Religion ausgebaut werden kann, aber auch, dass sich über Religion kritisch geäußert werden kann. Sowohl in Saudi-Arabien, als auch in Islamischen Ländern des Nahen Ostens gibt es haufenweise bössartige Karikaturen über Juden oder Christen. Es ist auch nicht nachvollziehbar, warum ein allmächtiger Gott „Allah“ - vor Zeichnungen aus Dänemark geschützt werden muss. Insonfern finde ich die Hysterie gegen die Karikaturen nicht begründigt und höchst instrumentalisiert und gewalttätig. Man kann allerdings nicht von Dritte mit deren Vermittlung beauftragt. Infolge der steigenden Arbeitslosigkeit dürfte die Zahl der extern Betreten in den kommenden Monaten weiter steigen, heißt es bei

Aus der Sozialbindung des Eigentums und der katholischen Soziallehre leitet sich ja das deutsche Sozialstaatsprinzip ab. Es ist die wesentliche Grundlage des rheinischen Kapitalismus. Die Gemeinwohlorientierung schützte uns bisher vor einem ungezähmten Räuberkapitalismus. Es muss immer eine Balance zwischen den Einzelinteressen und den Interessen der Allgemeinheit geben.

Kroll: Ist Kritik an der herrschenden Weltanschauung nicht schon deshalb schwierig, wenn immer noch das Dogma gilt: „Was der Wirtschaft nützt, nützt auch der Allgemeinheit“?
Werth: Derjenige, der am nachdrücklichsten für Lohnsenkungen und Erhöhungen der Wochenarbeitszeit plädiert, ist der Münchner Ökonomieprofessor Hans-Werner Sinn. Er bleibt allerdings den Beleg schuldig, wie durch ein sinkendes Lohnniveau die lahmdende Binnennachfrage angekurbelt werden kann. Sinn polemisiert auch weiter gegen höhere Löhne, obwohl Wirtschaftsinstitut Glas und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers erklärt haben, man solle im Interesse der Binnennachfrage zu höheren Lohnabschlüssen kommen.

Die Welttsicht: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, ist auch alles andere in Ordnung“ ist gerade ein Bestandteil der PR-Arbeit von Wirtschaftsinteressenverbänden wie der INSM oder der dubiosen Kampagne „Du bist Deutschland“. Und diese Welttsicht hat sich in der Öffentlichkeit so breit gemacht, dass die Leute tatsächlich glauben, dies sei die einzige Wahrheit. Das ist eben so eingepreigt wie das sog. „TINA-Prinzip“, also Margaret Thatchers: „There is no alternative“, mit dem der Neoliberalismus in Großbritannien begründet wurde. Die Öffentlichkeit wird durch solche Parolen derart anbetehlt, dass dadurch auch der Primat der Politik ausgehebelt wird. Entscheidungen werden nicht mehr politisch getroffen, man fragt sich nicht mehr, „was wollen wir eigentlich?“, „in welcher Gesellschaft wollen wir leben?“, „welche soziale Ordnung wollen wir?“, „was ist der Wirtschaft so das Interesse der Wirtschaft?“.

Nehmen Sie das Buch „Mattscheibe“ von Jürgen Bertram, das nach Jahren als Auslandskorrespondent wieder nach Deutschland kam und sich wundern musste, was in der Zwischenzeit mit den öffentlich-rechtlichen Sendern passiert war. Er stellte neben anderem fest, dass zu den Nachrichtensendungen immer ausführlichere Börsenberichte ausgestrahlt werden. Das zeigt, welchen Stellenwert die Wirtschaft hat wie stark wirtschaftliches Interesse die öffentliche Diskussion bestimmen. Wenn nun alles auf „die“ Wirtschaft zugespielt ist, dann verengt sich natürlich das Beurteilungsspektrum. Und das führt wiederum dazu, dass sich die Bevölkerung mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen und nicht verstanden fühlt.

Der Wahlkampf für die letzten Bundestagswahlen 2002 und 2005 hat das auch ganz deutlich gemacht. Im Nachhinein waren sich die Parteien einig, dass Wirtschaft hat wie stark wirtschaftliches Interesse die öffentliche Diskussion bestimmen. Wenn nun alles auf „die“ Wirtschaft zugespielt ist, dann verengt sich natürlich das Beurteilungsspektrum. Und das führt wiederum dazu, dass sich die Bevölkerung mit ihren Anliegen nicht ernstgenommen und nicht verstanden fühlt.

Von Politikern praktizierter Lobbyismus ist derzeit aber nicht justiziabel. Die Medien können allerdings über solche Verflechtungen aufklären und somit im Sinne der Demokratie konstruktiv tätig sein. Sie können einerseits Korruption aufklären und Korruption bekämpfen. Sie können aber auch Geschäftspartner der Korruption sein. Franziska Augstein hat erst kürzlich gesagt, dass früher von ihrem Vater Rudolf herausgegebene Magazin Der Spiegel schwere Vorwürfe erhoben. Unter der Überschrift „Der Fisch stinkt vom Kopf her“ hat sie nicht bezügten Herausgeber vorgeworfen, das Magazin sei zu unkritisch und nehme zusehends Rücksicht auf Unternehmerinteressen. Wenn ein Blatt einseitig dem Neoliberalismus das Wort redet, so ist dies offenkundig kein qualitativer Journalismus mehr. Es gibt zwar grundsätzlich auch das Prinzip des Außenpluralismus in der Presselandschaft ein Anrecht auf Meinungsjournalismus. Wenn aber ein Blatt quasi als Zentralorgan des BDI funktioniert, dann ist das für mich schon Korruption.

Kroll: Die Eigentümerrechte des Artikel 14 Grundgesetz berechtigen einen Verleger also dazu, eine gewisse Grundhaltung seiner angestellten Redakteure einzufordern. Kann man nicht andererseits auf der Sozialbindung des Eigentums auch eine Verpflichtung zum Dienst an der Allgemeinheit ableiten?

Werth: Die Systematik der Grundrecht- Artikel 1 bis 19 Grundgesetz lässt nach dem Grundrecht völlig unbeschränkt. Alle Grundrechte können gegen diese Reaktionen argumentieren, ohne dass man damit den amerikanischen Herrschaftsanspruch und den Irak-Krieg gültigblt.

Es gibt in der öffentlichen Debatte auch einen grundlegenden Irrtum: Es geht hier nicht um einen „Kampf der Kulturen“, sondern um verschiedene Vorstellungen von Zivilisation. Samuel Huntingtons Titel "The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order" wird da zu verkürzt verwendet. Die europäische Zivilisation gründet auf Meinungs- und Religionsfreiheit und auf einer Übereinkunft, dass Konflikte nicht im Affekt gelöst werden und dass man sich nicht gegenseitig ermordet. Das bedeutet, man respektiert die verschiedenen Meinungen und trägt Konflikte argumentativ aus. Für die europäische Entwicklung war die Pressefreiheit eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft, ein Gut, das wir auf jeden Fall verteidigen müssen. ▶

Zur Person: Dr. phil. Christoph H. Werth, M.A., Historiker und Publizist, lehrt seit dem Jahre 2000 Medienpolitik und Politische Wissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er war Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, Büroleiter eines Parlamentarischen Staatssekretärs mit besonderer Zuständigkeit für Medienpolitik (1990 - 1996), wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien“, Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des Deutschen Bundestages (1996 - 1998), Dozent für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn (1996 - 2000) und Geschäftsführer des „Forums Informations-Gesellschaft“ der Bundesregierung (1998 - 2000). Seine Dissertation „Sozialismus und Nation“ - ein Werk von 400 Seiten - liegt bereits in 2. Auflage vor (Weimar 2001) und hat inzwischen den Rang eines Standardwerkes zur politischen Ideengeschichte. Weitere Veröffentlichungen: Konrad Adenauer, Strategie und Welttsicht (Frankfurt a.M. 1991); Mediendiehl - die Frage der Verantwortlichkeit (Hrgs., Bonn 1999), zudem zahlreiche Artikel und Aufsätze, Vorträge und Interviews zur Europapolitik, Medienpolitik, Mediendiehl, Informationsgesellschaft, Zeitgeschichte, Demokratietheorie und Zivilgesellschaft. Dr. Christoph Werth ist Mitglied des Netzwerks Mediendiehl, der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Philippp Daniel Merckle, 42, über den Suizid seines Vaters und Lehren aus dem Niedergang des schwäbischen Milliardenimperiums

Philippp Daniel Merckle, 42, über den Suizid seines Vaters und Lehren aus dem Niedergang des schwäbischen Milliardenimperiums

Philippp Daniel Merckle, 42, über den Suizid seines Vaters und Lehren aus dem Niedergang des schwäbischen Milliardenimperiums

Philippp Daniel Merckle, 42, über den Suizid seines Vaters und Lehren aus dem Niedergang des schwäbischen Milliardenimperiums

http://www.nachdenkseiten.de/?p=1216

FUNDSTÜCKE

Auf dem linken Teil des Meinungskartens geht im Moment mehr. So ein Titel verkauft sich jetzt gut.

Ex...-Presse...Chef im Dienste der CIA: Otto Schulmeister agierte für den Geheimdienst

Merkels Mantra „Wir werden gemeinsam eine Lösung finden“

Wenn Banken Geld schöpfen können, warum leiden wir dann unter einer „Kreditklemme“? Warum können die Banken nicht all das Geld schöpfen, das sie verliehen können.

Der Turmbau zu Basel: Geheimpläne für eine globale Währung

NEOPELEX

Ausgabe 05/Juni 2009

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Eine Kultur der Sprachlosigkeit“
Thomas Tuma und Simone Kaiser, 04.05.2009

(...) SPIEGEL: Der Selbstmord hätte weit weniger Aufsehen erregt, wenn Ihr Vater nicht einer der reichsten Männer der Republik gewesen wäre. Sein Imperium setzte über 30 Milliarden Euro um. Er gründete oder kontrollierte Firmen von Ratiopharm bis Kässbohrer. Ausgerechnet so ein verschwiegener Unternehmer scheidet auf so dramatische Art aus dem Leben. Was wollte er damit zum Ausdruck bringen?

Merckle: Was will man der Welt und den Hinterbliebenen erklären oder vorwerfen, indem man sich vor einem Zug legt und auf den Tod wartet? Immerhin nahm er auch den Schock des Zuführlers in Kauf. Es gibt Leute, die glauben, dass er sich quasi selbst richten wollte, hinrichten. Für mich hat dieser Tod, wenn überhaupt, nur eine bestätigende Botschaft. Darüber hinaus glaube ich durchaus, dass wir als Gesellschaft daraus Lehren ziehen können.

SPIEGEL: Welche hauptsächlich?
Merckle: Dass wir vor allem als Unternehmer zurechtfinden müssen zu einer gelebten Identität; zu Werten wie Vertrauen, Glaubwürdigkeit, zu verantwortlichem Handeln und den Prinzipien erhrbarer Kaufleute, wie sie beispielsweise mein Großvater noch gelebt hat. Und zu gesundem Maßhalten.

SPIEGEL: Am Tag nach dem Tod veröffentlichte Ihre Familie eine Mitteilung, die der Finanzkrise die Schuld gab an dem Drama. Die Krise habe Ihren Vater „erbrochen“.
Merckle: Er war nicht das passive Rädchen, das im großen Getriebe der Globalisierung zermalmt wurde. Die Wirtschaftskrise ist nicht schuld an seinem Ende, sie hat den Zerfall des Imperiums nur beschleunigt. Sie war Auslöser, nicht Ursache für seinen Selbstmord. Solche äußeren Krisen sind nicht ausschlaggebend. Mein

Merckle: Der Aufbau von Ratiopharm, also die Idee des Generika-Geschäfts, war ja allein schon ein Lebenswerk. Ich verstehe nicht, wieso er etwa mit Heidelberg Cement noch ein völlig neues Rad drehen musste, dessen komplexe Schuldenkonstruktion sich in der Krise dann als fatal erwies.

SPIEGEL: Betrieb er Geschäft um des Geschäftes willen? Ökonomisches Part

Luxus der Lethargie: Die Generation der 25-Jährigen in der Krise

Johannes Pennekamp 15.04.2009

Die große Masse der 25-Jährigen verhält angesichts der Wirtschaftskrise in cooler Gleichgültigkeit. Gedanken über die gelebte Verantwortungslosigkeit im ideologischen Vakuum.

Meine Generation ist die Generation der vergebene Chancen: Die Welt braucht jetzt unsere Ideen, unsere Alternativen. Doch die Generation der 25-Jährigen ist seltsam ungetrieben und antriebslos. Jetzt können wir gestalten und Weltwahlen von Nachhaltigkeit und Solidarität mit Inhalten füllen. Die Rolle führen wir uns wohl.

Meine Generation ist die Generation der vergebene Chancen: Die Welt braucht jetzt unsere Ideen, unsere Alternativen. Doch die Generation der 25-Jährigen ist seltsam ungetrieben und antriebslos. Jetzt können wir gestalten und Weltwahlen von Nachhaltigkeit und Solidarität mit Inhalten füllen. Die Rolle führen wir uns wohl.

Meine Generation ist die Generation der vergebene Chancen: Die Welt braucht jetzt unsere Ideen, unsere Alternativen. Doch die Generation der 25-Jährigen ist seltsam ungetrieben und antriebslos. Jetzt können wir gestalten und Weltwahlen von Nachhaltigkeit und Solidarität mit Inhalten füllen. Die Rolle führen wir uns wohl.

Meine Generation ist die Generation der vergebene Chancen: Die Welt braucht jetzt unsere Ideen, unsere Alternativen. Doch die Generation der 25-Jährigen ist seltsam ungetrieben und antriebslos. Jetzt können wir gestalten und Weltwahlen von Nachhaltigkeit und Solidarität mit Inhalten füllen. Die Rolle führen wir uns wohl.

Die deutsche Arbeitslosenstatistik ist die meistmanipulierte aller amtlichen Statistiken. Je schlimmer die Arbeitslosigkeit, je mehr wird daran wegmapielt. Nun hat die Bundesregierung im Mai ein neues Gesetz in Kraft gesetzt, das bis zu 200.000 Arbeitslose aus der Statistik verschwinden läßt. Nach dem Gesetz zur Neuregelung von Arbeitsmarktinstrumenten werden seit Mai dieses Jahres alle Arbeitslosen, die seit Beginn dieses Jahres durch private Träger betriebl. und nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, nicht mehr als arbeitslos gezählt. Im Mai waren für 178.100 Arbeitslose Dritte mit deren Vermittlung beauftragt. Infolge der steigenden Arbeitslosigkeit dürfte die Zahl der extern Betreten in den kommenden Monaten weiter steigen, heißt es bei

NEOPELEX

Ausgabe 05/Juni 2009

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Eine Kultur der Sprachlosigkeit“
Thomas Tuma und Simone Kaiser, 04.05.2009

(...) SPIEGEL: Der Selbstmord hätte weit weniger Aufsehen erregt, wenn Ihr Vater nicht einer der reichsten Männer der Republik gewesen wäre. Sein Imperium setzte über 30 Milliarden Euro um. Er gründete oder kontrollierte Firmen von Ratiopharm bis Kässbohrer. Ausgerechnet so ein verschwiegener Unternehmer scheidet auf so dramatische Art aus dem Leben. Was wollte er damit zum Ausdruck bringen?

Merckle: Was will man der Welt und den Hinterbliebenen erklären oder vorwerfen, indem man sich vor einem Zug legt und auf den Tod wartet? Immerhin nahm er auch den Schock des Zuführlers in Kauf. Es gibt Leute, die glauben, dass er sich quasi selbst richten wollte, hinrichten. Für mich hat dieser Tod, wenn überhaupt, nur eine bestätigende Botschaft. Darüber hinaus glaube ich durchaus, dass wir als Gesellschaft daraus Lehren ziehen können.

SPIEGEL: Welche hauptsächlich?
Merckle: Dass wir vor allem als Unternehmer zurechtfinden müssen zu einer gelebten Identität; zu Werten wie Vertrauen, Glaubwürdigkeit, zu verantwortlichem Handeln und den Prinzipien erhrbarer Kaufleute, wie sie beispielsweise mein Großvater noch gelebt hat. Und zu gesundem Maßhalten.

SPIEGEL: Am Tag nach dem Tod veröffentlichte Ihre Familie eine Mitteilung, die der Finanzkrise die Schuld gab an dem Drama. Die Krise habe Ihren Vater „erbrochen“.
Merckle: Er war nicht das passive Rädchen, das im großen Getriebe der Globalisierung zermalmt wurde. Die Wirtschaftskrise ist nicht schuld an seinem Ende, sie hat den Zerfall des Imperiums nur beschleunigt. Sie war Auslöser, nicht Ursache für seinen Selbstmord. Solche äußeren Krisen sind nicht ausschlaggebend. Mein

Merckle: Der Aufbau von Ratiopharm, also die Idee des Generika-Geschäfts, war ja allein schon ein Lebenswerk. Ich verstehe nicht, wieso er etwa mit Heidelberg Cement noch ein völlig neues Rad drehen musste, dessen komplexe Schuldenkonstruktion sich in der Krise dann als fatal erwies.

SPIEGEL: Betrieb er Geschäft um des Geschäftes willen? Ökonomisches Part

Merckle: Ich habe mich über die Jahre immer öfter gefragt, wenn er eigentlich was damit bekommen wollte, dass er immer noch eine Firma übernahm ohne erkennbares Ziel. Wenn ein Unternehmer und seine Unternemen ihren Kern aus den Augen verlieren, die Identität, verlieren beide ihren Sinn.

SPIEGEL: Sie was kläng für Ihren Vater sicher viel zu esoterisch.
Merckle: Wie sonst definiert sich eine Firma? Sie ist ein Kreislauf aus Entwicklung, Produktion und Verkauf eines Produkts. Firmenkonstruktionen und juristische Spitzfindigkeiten dürfen doch nicht die Inhalte überlagern. Für mich ist übrigens erstaunlich, wie viele Leute auch in Deutschland der Illusion anhängen: Wenn etwas groß ist, muss es auch gut sein. Eigentlich erschreckend, wie wenige das hinterfragen. Auch bei uns zu Hause wurde das einfach stillschweigend so gelebt.

(...) SPIEGEL: Kurz nachdem Sie 2005 die Führung der Ratiopharm-Gruppe übernommen hatten, wurde bekannt, dass der Konzern Ärzte und Apotheker geschmiert haben soll. Sie schmissen zwei Geschäftsführer raus und entschuldigten sich für den „systembedingten Sumpf“, den Sie vorgefunden hätten.
Merckle: Ich konnte solche Verhaltensweisen weder persönlich vertreten noch sah ich sie als Erfolgsfaktor an. So wollte ich Ratiopharm nicht führen, auch wenn die Konkurrenz vielleicht ähnlich verfuhr. Ich wollte den vielen Verfehlungen klare Richtlinien entgegenstellen. Das war nicht leicht umzusetzen in einem Umfeld, das sich da gar keiner Schuld bewusst war ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... weil Ihr Vater dieses System mitinstaliert haben muss?
Merckle: Vielleicht bin ich einfach zu idealistisch in die Führung dieses Unternehmens gekommen. Aber ich wollte die Fehler wenigstens ändern. Das war mein Job ...

(...) SPIEGEL: ... bis Ihr Vater Sie im März 2008 wieder aus der Führung drängte.
Merckle: Das war ein schleichernder Prozess. Wenn ich nach außen meine Standpunkte erklärte, musste ich mir intern anreden: Wie kannst du mir ... dann müssen wir uns ja auch noch daran halten! Mein Bruder Ludwig meinte, wenn ich was ändern wollte, würde ich ja zugleich der Familie vorwerfen, in der Vergangenheit Fehler gemacht zu haben. Ich argumentierte dagegen an, dass man ein System nicht heimlich ändern kann, nur weil man fürchte, dabei irgendetwas auf die Füße zu treten. Eigentlich dachte ich, mein Vater müsste stolz auf mich sein. War er aber nicht. Am Ende konnte und wollte ich nicht mehr mit ihm und er nicht mehr mit mir. Aber auch da wurde über vieles nie offen gesprochen. Es herrschte eine Kultur der Sprachlosigkeit.

(...) SPIEGEL: Sie schärfte die Wirtschafts-krise vielleicht sogar den Blick auf grundsätzliche Probleme? Größenwahn, Profitgier, Spekulationslust, Intransparenz?
Merckle: Ich denke schon, dass diese Krise vieles sichtbar macht - und auch angreifbar, in meiner Familie wie in der gesamten Wirtschaft. Früher galten viele Unternehmer und Manager auch als unantastbar. Nun sind die Renditen weg und die Träume. Und man wacht auf und fragt: Wenn oder was rannte man eigentlich hinterher?

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer, der bis heute nicht wahrhaben will, dass seine Konzern ein Korruptions-sumpf war. Oder Georg Funke, Ex-Chef des Milliardenengrabs Hypo Real Estate, der nun Bezüge einklagen will. Erkennen Sie zwischen den vielen Affären der vergangenen Jahre Ähnlichkeiten?
Merckle: Die Fälle sind alle sehr unterschiedlich, aber tatsächlich gibt es vergleichbare Grundmuster - auch bis zu den ganzen Bespitzlungsaktionen von Tele-

(...) SPIEGEL: Sie schärfte die Wirtschafts-krise vielleicht sogar den Blick auf grundsätzliche Probleme? Größenwahn, Profitgier, Spekulationslust, Intransparenz?
Merckle: Ich denke schon, dass diese Krise vieles sichtbar macht - und auch angreifbar, in meiner Familie wie in der gesamten Wirtschaft. Früher galten viele Unternehmer und Manager auch als unantastbar. Nun sind die Renditen weg und die Träume. Und man wacht auf und fragt: Wenn oder was rannte man eigentlich hinterher?

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer, der bis heute nicht wahrhaben will, dass seine Konzern ein Korruptions-sumpf war. Oder Georg Funke, Ex-Chef des Milliardenengrabs Hypo Real Estate, der nun Bezüge einklagen will. Erkennen Sie zwischen den vielen Affären der vergangenen Jahre Ähnlichkeiten?
Merckle: Die Fälle sind alle sehr unterschiedlich, aber tatsächlich gibt es vergleichbare Grundmuster - auch bis zu den ganzen Bespitzlungsaktionen von Tele-

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer, der bis heute nicht wahrhaben will, dass seine Konzern ein Korruptions-sumpf war. Oder Georg Funke, Ex-Chef des Milliardenengrabs Hypo Real Estate, der nun Bezüge einklagen will. Erkennen Sie zwischen den vielen Affären der vergangenen Jahre Ähnlichkeiten?
Merckle: Die Fälle sind alle sehr unterschiedlich, aber tatsächlich gibt es vergleichbare Grundmuster - auch bis zu den ganzen Bespitzlungsaktionen von Tele-

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer, der bis heute nicht wahrhaben will, dass seine Konzern ein Korruptions-sumpf war. Oder Georg Funke, Ex-Chef des Milliardenengrabs Hypo Real Estate, der nun Bezüge einklagen will. Erkennen Sie zwischen den vielen Affären der vergangenen Jahre Ähnlichkeiten?
Merckle: Die Fälle sind alle sehr unterschiedlich, aber tatsächlich gibt es vergleichbare Grundmuster - auch bis zu den ganzen Bespitzlungsaktionen von Tele-

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer, der bis heute nicht wahrhaben will, dass seine Konzern ein Korruptions-sumpf war. Oder Georg Funke, Ex-Chef des Milliardenengrabs Hypo Real Estate, der nun Bezüge einklagen will. Erkennen Sie zwischen den vielen Affären der vergangenen Jahre Ähnlichkeiten?
Merckle: Die Fälle sind alle sehr unterschiedlich, aber tatsächlich gibt es vergleichbare Grundmuster - auch bis zu den ganzen Bespitzlungsaktionen von Tele-

(...) SPIEGEL: Hierzulande gibt es einen Klaus Zwinkmül, der in seiner Zeit als Post-Chef Steuern hinterzog. Einen ehemaligen Siemens-Boss Heinrich von Piereer

